

NIEDERSCHRIFT

über die **10.** Sitzung
des Schulausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **29.05.2017**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Den Vorsitz führte: Rainer Schmitz

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

- | | |
|-------------------------------|--|
| 1. Herr Heiner Cöllen | Vertretung für Herrn Karl Heinz Schnitzler |
| 2. Herr Ulrich Herlitz | |
| 3. Herr Werner Moritz | Vertretung für Herrn Bernd Ramakers |
| 4. Frau Sabine Prosch | |
| 5. Herr Franz-Josef Radmacher | Vertretung für Herrn Norbert Gand |
| 6. Frau Petra Schoppe | |
| 7. Frau Erina Waldmann | Vertretung für Herrn Benedikt Obst |
| 8. Frau Birte Wienands | |

• SPD-Fraktion

- | | |
|------------------------------|--------------------------------------|
| 9. Herr Dirk Banse | |
| 10. Frau Rosemarie Bruchmann | Vertretung für Herrn Otto Schwache |
| 11. Frau Christa Buers | Vertretung für Frau Frederike Küpper |
| 12. Frau Sabine Kühl | |
| 13. Herr Rainer Schmitz | |

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- | | |
|------------------------------|------------------------------------|
| 14. Herr Marco Becker | |
| 15. Frau Angela Stein-Ulrich | Vertretung für Herrn Erhard Demmer |

• FDP-Fraktion

16. Frau Birgit Gottschalk
17. Herr Gerhard Heyner
18. Herr Tim Tressel

Vertretung für Herrn Markus Schumacher

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

19. Frau Sabine Oertel

• **beratende Mitglieder Evangelische Kirche**

20. Herr Pfarrer Ralf Laubert

• **Verwaltung**

21. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
22. Frau Elke Stirken
23. Herr Karl-Heinz Isenbeck
24. Herr Thomas Schütz

Schriftführer
zu TOP 2

• **Gäste**

25. Frau Annette Anner
26. Herr Klaus-Dieter Bullmann
27. Herr Johannes Gillrath
28. Herr Knud Hansen
29. Herr Henning Heinrichs
30. Herr Ulrich Plöger
31. Frau Wienke Sälzer
32. Frau Klaudia Thelen
33. Herr Bert Vennen

Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss
BBZ Neuss-Weingartstraße
Norbert-Gymnasium Knechtsteden (zu TOP 2)
BBZ Grevenbroich
Sportinternat Knechtsteden (zu TOP 2)
Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss
Martinusschule
Mosaik-Schule
BBZ Neuss-Hammfeld (ab 17:55 Uhr)

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Entwicklung des Sportinternates Knechtsteden (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/2098/XVI/2017.....	4
3.	Vorstellung einer neuen Schulaufsichtsbeamtin im Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/2103/XVI/2017.....	4
4.	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesprogramms "Gute Schule 2020" Vorlage: 40/2102/XVI/2017.....	5
5.	Sachstandsbericht zur Errichtung einer dualen Fachklasse für Hotelfachleute am BBZ Grevenbroich Vorlage: 40/2104/XVI/2017.....	5
6.	Fortschreibung des Berichts über die Entwicklung der Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/2101/XVI/2017.....	6
7.	Regionales Bildungsnetzwerk Vorlage: 40/2107/XVI/2017	8
8.	Kultur und Schule 2017/2018 Vorlage: 40/2106/XVI/2017.....	8
9.	Mitteilungen	9
10.	Anfragen	9

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schmitz, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Verwaltung. Gegen die Feststellung von Herrn Schmitz, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig sei, erhob sich kein Widerspruch.

Frau Wienands beantragte, die Beratung des TOP „Entwicklung des Sportinternates Knechtsteden (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion)“ wegen der anwesenden Vertreter des Sportinternates vorzuziehen. Der Schulausschuss fasste daraufhin einstimmig folgenden

SchuA/20170529/Ö1

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt „Entwicklung des Sportinternates Knechtsteden (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion)“ wird vorgezogen und als TOP 2 beraten.

2. Entwicklung des Sportinternates Knechtsteden (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion)

Vorlage: 40/2098/XVI/2017

Protokoll:

Auf Anfrage von Frau Wienands, warum die SPD den Antrag gestellt habe, erklärte Frau Kühl, es handele sich eher um eine Anfrage. Herr Schmitz ergänzte, dass die SPD sich darüber informieren wolle, ob es bei den im Haushalt veranschlagten 160.000 € für das Sportinternat möglicher Weise Einsparpotenzial gebe. Nachdem die Verwaltung nun erste Informationen gegeben habe, halte er es für sinnvoll, den Antrag zur weiteren Beratung an den Sportausschuss zu verweisen.

Herr Lonnes erklärte, dass die Verwaltung mit der Stellungnahme des Sportamtes dem Informationsbedürfnis der SPD-Fraktion umfassend nachgekommen sei. Im Übrigen wäre es korrekter gewesen, wenn die Anfrage im Sportausschuss gestellt worden wäre.

Herr Banse regte an, dass die anwesenden Vertreter des Sportinternates Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Herr Schmitz wies darauf hin, dass das Rederecht der Vertreter des Sportinternates vorher hätte beantragt werden müssen (§ 41 Abs. 5 S. 6 KreisO NW).

Der Schulausschuss fasste daraufhin einstimmig den folgenden

SchuA/20170529/Ö2

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Antrag und den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und verweist den Antrag zur weiteren Beratung an den Sportausschuss.

3. Vorstellung einer neuen Schulaufsichtsbeamtin im Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 40/2103/XVI/2017

Protokoll:

Frau Annette Anner, die neue Schulaufsichtsbeamtin des Schulamtes für den Rhein-Kreis Neuss, stellte sich dem Schulausschuss persönlich vor.

Herr Schmitz wünschte Frau Anner im Namen des Schulausschusses viel Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

Der Schulausschuss beschloss einstimmig

SchuA/20170529/Ö3

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesprogramms "Gute Schule 2020"

Vorlage: 40/2102/XVI/2017

Protokoll:

Herr Lonnes erläuterte den Sachstandsbericht in der Vorlage und beantwortete Fragen von Frau Wienands, Frau Kühl und Herrn Banse.

Herr Lonnes hob hervor, dass der Rhein-Kreis Neuss die Fördermittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ schwerpunktmäßig in den digitalen Ausbau der Kreis-schulen investieren wolle. Da die Breitbandanschlüsse für die Berufskollegs zeitlich vorgezogen werden können und die detaillierte Projektplanung erst ab dem Frühherbst nach europaweiter Ausschreibung der Fachplanerleistungen möglich sein werde, sei es erforderlich, die bisherige vorläufige Projektplanung zu überarbeiten. Das vollständige Investitionsprogramm werde deshalb erneut dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt. Für bauliche Maßnahmen, die in keinem Zusammenhang zur Digitalisierung stehen, gebe es bei entsprechender Unterstützung des Kreistages die Option der Finanzierung aus dem Kreishaushalt.

Der Schulausschuss fasste einstimmig den

SchuA/20170529/Ö4

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Sachstandsbericht zur Errichtung einer dualen Fachklasse für Hotelfachleute am BBZ Grevenbroich

Vorlage: 40/2104/XVI/2017

Protokoll:

Herr Lonnes erklärte, dass sich die Verwaltung weiterhin für die Errichtung des dualen Bildungsgangs „Hotelfachleute“ am BBZ Grevenbroich einsetzen werde. Auf Anfrage von Frau Buers wies er darauf hin, dass die Entscheidung der Bezirksregierung Düsseldorf noch ausstehe.

Frau Wienands bat die Verwaltung, die Angelegenheit mit Elan weiter zu verfolgen und, wenn nötig, auch zu klagen.

Der Schulausschuss beschloss einstimmig

SchuA/20170529/Ö5

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Fortschreibung des Berichts über die Entwicklung der Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 40/2101/XVI/2017

Protokoll:

Herr Lonnes freute sich, mit allen Schulträgern, insbesondere auch dem Landschaftsverband Rheinland, den gemeinsamen Bericht zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen, geistige Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache im Rhein-Kreis Neuss vorlegen zu können. Blicke man auf den vorgelegten Bericht, werde deutlich, dass es in der Vergangenheit einen großen Anstieg bei inklusiver Beschulung gegeben habe. Bei den Förderbedarfen stelle sich der Förderbedarf Sprache als steigend, der Förderbedarf geistige Entwicklung als stagnierend dar.

Im Rahmen der jetzigen Entwicklung sei eine Tendenz zur Verstetigung der Zahlen im Rhein-Kreis Neuss zu beobachten. Insbesondere stabilisierten sich die Zahlen in der Förderschule für Lernen, während die Schülerzahlen im gemeinsamen Lernen nur noch leicht steigend seien. In diesem Förderbereich wolle der Rhein-Kreis Neuss dem Willen der Eltern nachkommen und das Wahlrecht absichern.

Im Förderbereich geistige Entwicklung seien die Schülerzahlen stabil, wobei die Schülerzahl an der Sebastianus-Schule leicht zurück gehe, hier werde der Rhein-Kreis Neuss als Schulträger über die gebildeten Schuleinzugsbereiche nachdenken, um damit möglicher Weise eine gleichmäßigere Verteilung der Schüler auf alle Schulen zu erreichen. Der Unterstützungsbereich Sprache sei leicht rückläufig, pendele sich aber im Rahmen von 200 Schülern und Schülerinnen ein. Die Kapazitäten für den Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung seien insgesamt ausreichend im Rhein-Kreis Neuss.

Frau Wienands dankte für den beeindruckenden Bericht, der die politische Entscheidung, die Förderschulen zu erhalten, bestätige. Sie fragte nach, ob es insgesamt im Rhein-Kreis Neuss steigende Zahlen bei den Schülern und Schülerinnen mit Förderbedarf gebe und bat darum, in einem zukünftigen Bericht die Entwicklung der Zahlen aller Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf deutlicher darzustellen.

Herr Lonnes verwies in diesem Zusammenhang auf Seite 27 und den starken Anstieg der Kosten der Eingliederungshilfe, obwohl die Anzahl der Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf nur leicht steigend sei. Aus den Schülerzahlen auf Seite 35 ergebe sich, dass etwa die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen am inklusiven Unterricht teilnehme. Zum 15. Oktober 2016 besuchten 1.361 Schüler und Schülerinnen die Förderschulen, während 1.126 Schülerinnen und Schüler inklusiv beschult wurden. Im Hinblick auf die Anmerkungen von Frau Wienands zum Umfang des Berichtes gab er an, im nächsten Jahr eine Zusammenfassung auf zwei Seiten vorzulegen.

Auf die Frage von Herrn Becker, wie die Kostenentwicklung pro Fall auf Seite 27 zustande komme, führte Herr Lonnes aus, dass es sich bei den eingesetzten Kräften um Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden handele, wobei in der Vergangenheit auch Zivildienstleistende eingesetzt worden seien. Das Mengengerüst werde insbesondere von der Anzahl der Personen, die Hilfe in Anspruch nähmen, beeinflusst. Eine Pool-Lösung könne möglicher Weise zu Einsparungen führen. Er gab weiterhin an, dass es vor In-

krafttreten des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes im Schulamt circa 650 Fälle zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfes gegeben habe, nach Inkrafttreten des Gesetzes sei die Anzahl der Fälle nicht zurückgegangen.

Frau Kühl fragte nach den Rückkehrern aus dem gemeinsamen Lernen in die Förderschulen. Herr Lonnes gab an, dazu gebe es keine statistische Erhebung, die Frage stelle sich regelmäßig im 3. oder 4. Schuljahr. Für den nächsten Bericht werde auch die Anzahl der Schüler und Schülerinnen, die vom inklusiven Unterricht in die Förderschule wechseln, festgehalten.

Auf entsprechende Frage von Frau Kühl führte er weiter aus, dass das Schulamt im Rhein-Kreis Neuss darauf achte, nicht Sonderpädagogen im gemeinsamen Lernen einzusetzen, die dann in den Förderschulen fehlten. Insgesamt fehlen in Nordrhein-Westfalen jedoch Sonderpädagogen.

Herr Plöger ergänzte, Schulformwechsler gebe es auf beiden Ebenen, sowohl von inklusiven Unterricht in Förderschule als auch von Förderschule in inklusiven Unterricht. In der letzten Zeit sei ein leichter Anstieg der Schulformwechsler vom inklusiven Unterricht in die Förderschule zu beobachten. Die Anzahl der Sonderpädagogen im Rhein-Kreis Neuss sei in der Sekundarstufe I und den Förderschulen sehr gut. Im Grundschulunterricht sei die Lage etwas schwieriger.

Herr Radmacher führte aus, Frau Kühl habe die richtigen Fragen gestellt, da nach seiner Ansicht Frau Lohrmann mit ihrer inklusiven Schulpolitik gescheitert sei. Dies sei auch den Klagen der Eltern in der Presse zu entnehmen. Herr Radmacher lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass für die Martinusschule eine Schülerzahl von 109 Schüler und Schülerinnen prognostiziert und de facto 142 Schüler und Schülerinnen an der Schule seien. Er spreche sich für seine Fraktion weiterhin dafür aus, keine Förderschule zu schließen.

Herr Schmitz ergänzte, dass der Schulausschuss sich bereits bisher so positioniert habe, dass er gegen eine Schließung aller Förderschulen sei.

Auf die Frage von Frau Oertel, ob die steigenden Schülerzahlen mit der Schließung der Martin-Luther-King-Schule zusammen hingen, führte Herr Lonnes aus, die Schließung der Förderschulen Lernen in Grevenbroich und Meerbusch hätten in der Primarstufe zu einem Anstieg des inklusiven Unterrichts geführt. In der Sekundarstufe I seien viele Schülerinnen und Schüler zur Martinusschule und zur Schule am Chorbusch gewechselt.

Auf die Frage von Frau Stein-Ulrich nach der Pool-Lösung führte Herr Lonnes aus, dass die Erarbeitung des Konzepts in der Verantwortung der Sozialverwaltung liege.

Auf entsprechende Frage von Frau Schoppe erklärte Frau Anner, ihr sei nur ein Fall bekannt, in dem beim Wechsel von der Grundschule auf die weiterführende Schule ein Antrag auf Förderbedarf Lernen abgelehnt wurde. Dies habe an der noch nicht beendeten Schuleingangsphase gelegen. Frau Wienands verwies darauf, dass die Martinusschule das Berufswahlsiegel erhalten habe, was eine schöne Auszeichnung für die Schule und Beweis für den Erfolg dieser Schule sei.

Herr Banse verwies auf die Aussage im Fazit des Berichts, dass im Bereich des Unterstützungsbedarfs Lernen, Förderschulzentren geplant seien, und fragte, ob dies zu einer Reduzierung der Gebäudeanzahl führen werde. Herr Lonnes erklärte, dass sich

die Verwaltung die Errichtung von Förderschulzentren vorstellen könne, die neben der sonderpädagogischen Förderung der Stammschüler Regelschulen bei ihrer Aufgabe, einen qualitätsvollen inklusiven Unterricht anzubieten, unterstützen könnten.

Herr Becker sprach sich dafür aus, die vielfältige Schullandschaft zu erhalten und die Rahmenbedingungen abzuwarten. Er verwies darauf, dass auf Seite 35 die Entwicklung sehr differenziert dargestellt werde.

Herr Lonnes führte aus, die Martinusschule erreiche nicht die Mindestgröße von 144 Schülern und Schülerinnen, aus diesem Grund sei die Schließung seitens des Ministeriums für Schule und Wissenschaft angestrebt worden, wobei sich die Bezirksregierung nicht dafür ausgesprochen habe. Eltern haben sich gerade in der jüngsten Zeit entschieden, ihr Kind an der Martinusschule anzumelden, da sie als Angebotsschule sehr gute Arbeit insbesondere beim Übergang Schule-Beruf leiste. Mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz sei zwar formal die UN-Behindertenrechtskonvention vom Landtag NW als gesetzlicher Anspruch umgesetzt worden. Die Umsetzung des Gesetzes mit dem Ziel der individuellen Förderung sei in der Schulwirklichkeit insbesondere nach Auffassung der Lehrerverbände nicht ausreichend gelungen.

Der Schulausschuss fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

SchuA/20170529/Ö6

Beschluss:

Der Schulausschuss stimmt dem Bericht zu.

7. Regionales Bildungsnetzwerk Vorlage: 40/2107/XVI/2017

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage.

Der Schulausschuss fasste ohne Aussprache einstimmig den folgenden

SchuA/20170529/Ö7

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Kultur und Schule 2017/2018 Vorlage: 40/2106/XVI/2017

Protokoll:

Auf Anfrage von Frau Wienands sagte Herr Lonnes zu, dass die Liste der geförderten Projekte dem Protokoll beigefügt werde (**Anlage**).

Der Schulausschuss beschloss einstimmig

SchuA/20170529/Ö8

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Mitteilungen

Protokoll:

Herr Lonnes teilte mit, dass die Produktgruppe „Kommunale Koordinierung des Übergangs Schule-Beruf – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“, die bisher Teil des Amtes für Schulen und Kultur war, mit Organisationsverfügung vom 17.05.2017 der Wirtschaftsförderung zugeordnet worden sei. Die Umsetzung des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ im Rhein-Kreis Neuss werde künftig im Kreisausschuss, zuständig für die Wirtschaftsförderung, beraten.

Frau Wienands und Herr Becker brachten ihre Bedenken gegen diese Maßnahme zum Ausdruck, da „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zum Aufgabenbereich Schule gehöre.

10. Anfragen

Protokoll:

Auf Anfragen von Frau Wienands erklärte Herr Lonnes, dass

- der von Frau Wienands angeregte Newsletter für Ausbildung und Schule im Zusammenhang mit dem Regionalen Bildungsnetzwerk stehe,
- der Rhein-Kreis Neuss zur Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte zwei Mitarbeiterinnen eingestellt habe,
- die Verwaltung den Sachstand des Landesprogramms „Soziale Arbeit an Schulen“ recherchieren werde.

Ergebnis: Es handelt sich um die Fortführung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Seitdem sich der Bund Ende 2014 aus der Finanzierung zurückgezogen hatte, fördert das Land bis Ende 2018 die eingerichteten 26 Stellen für Schulsozialarbeit zu 60%. Bis Ende 2017 übernimmt der Rhein-Kreis Neuss 40% aus Rücklagen der ehemaligen Bundesmittel. Auf Initiative des Rhein-Kreises Neuss haben sich alle Städte und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss bereit erklärt, 2018 den kommunalen Eigenanteil für die Schulsozialarbeit an ihren Schulen zu tragen. Eine dauerhafte Lösung für die Fortführung der Schulsozialarbeit steht noch aus.

Frau Wienands gab zu bedenken, dass der Zusammenhang zwischen Bildungsnetzwerk und Newsletter nicht zwangsläufig sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Vorsitzende Rainer Schmitz um 18:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Rainer Schmitz
Vorsitzender



Karl-Heinz Isenbeck
Schriftführer